

Aktionsprogramm 2014-2020

Bei uns zählt die Meinung der Bürger

Gegen Parteien- und Politiker-Verdrossenheit setzen wir als **BBB** auf bürgerschaftliche Beteiligung und Mitwirkung. Wir nehmen Bürgerinitiativen ernst und hören ihnen zu, wenn sie sich etwa gegen die immer weitergehende Nachverdichtung unserer Stadt engagieren und sich für den Erhalt der Wohn- und Lebensqualität in ihrem Umfeld einsetzen.

Der Bürgerwille ist und bleibt Richtschnur für unsere Arbeit im Stadtrat.

Wir wollen in Bonn die Bürgerschaft und nicht nur wenige Ratsmitglieder zu wichtigen Fragen der Stadtentwicklung entscheiden lassen. Daher wollen wir den in der Gemeindeordnung zugelassenen Ratsbürgerentscheid als Instrument der direkten Demokratie auch in Bonn praktizieren: Hier lässt der Rat die Bürger selbst entscheiden und entscheidet nicht über sie hinweg.

Wir sind unabhängig und nur für Bonn tätig

Wir sind als Freie Wählervereinigung anders als Parteien frei und unabhängig von Programmen oder Weisungen und Direktiven, die von der jeweiligen Bundes- und Landesebene der Parteien ergehen.

Wir können uns in unserer Arbeit ausschließlich auf die Angelegenheiten der Stadt Bonn und die Anliegen ihrer Bürger konzentrieren.

Wir sind frei, Bundes- wie Landesregierung immer dann zu kritisieren, wenn es im Interesse der Stadt und ihrer Bürgerschaft notwendig ist. Bonn darf nicht die Beute der Parteien bleiben.

Wir wollen, dass die Stadt Bonn künftig nicht mehr Geld ausgibt als sie einnimmt

Wir vom **BBB** werden uns dafür einsetzen, dass der städtische Haushalt endlich konsolidiert wird. Am 31.12.2013 lag der Schuldenstand bei über 1.638 Millionen Euro (pro Kopf 5.283 Euro). Die Stadt Bonn darf nicht fortfahren, mehr Geld auszugeben, als sie zur Verfügung hat. Die Ausgaben müssen reduziert werden.

Die Bürger dürfen künftig nicht noch stärker belastet werden; daher darf man die Geschicke der Stadt nicht länger der grün-schwarzen Koalition überlassen, denn sie hat allein in den letzten 4 Jahren den Schuldenstand von 1.233 Millionen € (2009) auf 1.617 Millionen € (2013) erhöht. Somit ist der Schuldenstand um 31 % gestiegen. Aber leider zeigen auch die anderen Parteien keinen Willen, ernsthaft zu sparen.

Wir wollen nicht länger für die Nachbargemeinden zahlen

3.954 Schüler aus dem Rhein-Sieg-Kreis besuchen städtische Bonner Schulen. Das kostet die Stadt Bonn allein bei Grund-, Förder- und Berufsschulen 7,2 Mio. € pro Jahr. Zusätzlich tragen wir und nicht ihre Heimatgemeinden die Fahrtkosten zur Schule in Höhe von 784.000 € pro Jahr (vgl. Drucksachen-Nummer 1010785ST2 und 1211857ST2, siehe www.bonn.de, Bonner Ratsinformationssystem).

Auch die Hälfte der Besucher in Theater und Oper kommt aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Die Zuschüsse zum Betrieb in Höhe von 26,9 Millionen € pro Jahr muss Bonn allein tragen (vgl. Drucksachen-Nummer 1210675). Hier verlangen wir eine Beteiligung der umliegenden Kommunen.

Wir fordern: Das Berlin/Bonn-Gesetz ist auch von der Bundesregierung einzuhalten

Der **BBB** gründete sich 1991 als Bürgerinitiative gegen den Regierungsumzug nach Berlin. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, auf die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetzes zu pochen. Wir kritisieren daher, dass die Bundesregierung fortlaufend gegen die Vorgabe des Deutschen Bundestages verstößt, die besagt, dass die Mehrzahl der ministerialen Arbeitsplätze in Bonn verbleiben soll. Heute sind tatsächlich nur noch 38,9 % der Dienstposten in Bonn.

Wir wollen unsere Stadt als lebenswerte Heimat erhalten: die Bonner Stadtplanung muss neu ausgerichtet werden

Nachverdichtung ist problematisch

In Bonn sind Wohnangebote für Zuziehende aus anderen Städten, Umzugswillige und wohnungssuchende Mieter mit Wohnberechtigungsschein und Studenten knapp. Daher ist es seit Jahren erklärtes Ziel der Stadt Bonn, möglichst viel neuen Wohnraum zu schaffen. Bonn verfügt aber nur über wenige unbebaute Bereiche, die sich als Flächen für neue Baugebiete eignen.

Ohne Rücksicht auf gewachsene Infrastruktur, Grün- und Freiflächen oder Frischluftschneisen zu nehmen, hat die Mehrheit des Rates bereits 2008 entschieden, dass in bestehenden Stadtquartieren zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden soll.

Vor Ort führt diese Planungspolitik oft zum Abriss älterer Häuser mit anschließender Errichtung weitaus größerer Bauten oder zu Neubauten auf bisherigen Freiflächen zwischen bestehenden Häusergruppen.

Der mit dieser Nachverdichtung einhergehende Wegfall von innerstädtischen Grünflächen sowie der Verlust von Durchlüftungsschneisen und Rückzugsbereichen mindern die Lebensqualität vor allem in den älteren Wohnquartieren erheblich.

Der **BBB** ist aus stadtplanerischen und klimapolitischen Gründen gegen eine solche überdimensionierte Nachverdichtung.

Stadtplanung für ein lebenswertes Bonn

Bevor über eine weitere Versiegelung vorhandener Ortsstrukturen nachgedacht wird, sollten zunächst die in Bonn noch reichlich bestehenden Baulücken geschlossen werden.

Eine Planungspolitik, der denkmalgeschützte Grün- und Überschwemmungsflächen zum Opfer fallen, durch die Blockinnenbereiche großflächig betoniert werden oder Gewerbebauten in den öffentlichen Verkehrsraum ausufern, lehnen wir aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Wir wollen zurück zu einer Stadtplanung, deren Leitgedanke es ist, für ausreichende Licht- und Luftverhältnisse zu sorgen sowie Freiraum für spielende Kinder zu schaffen.
Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Bewohner von Stadtquartieren wohl fühlen und intakte Nachbarschaften erhalten bleiben oder neu entstehen.

Sozialer Wohnungsbau muss vernünftig gesteuert werden

Der weitere Bau von Sozialwohnungen in Bereichen, in denen heute schon soziale Brennpunkte vorzufinden sind, muss vermieden werden. Der **BBB** will ein vernünftiges, durchmischtes Zusammenleben der Bevölkerung sichergestellt wissen, welches eine Ghettobildung und somit die zunehmende Segregation der Betroffenen verhindert.

Die vom Land zur Verfügung gestellten Fördermittel für Sozialen Wohnungsbau sollten nicht nur für den Mietwohnungsbau, sondern auch zur Förderung von Eigentum eingesetzt werden. Auch Eigentumsmaßnahmen mit öffentlicher Förderung, bei denen Bauherren ihrerseits öffentlich geförderte Mietwohnungen frei machen, sind ein wirkungsvolles Mittel um mehr kostengünstigen Wohnraum zu schaffen. Sie ermöglichen zusätzlich eine gute und zwingend notwendige soziale Mischung der Bevölkerung.

Baupolitik ist auch Klimapolitik

Das Klima wird sich weiter erwärmen. Nach den Erkenntnissen der Klimaforschung ist die Sicherung von Frei- und Grünflächen für Städte und Ballungsräume zur Anpassung an den Klimawandel unverzichtbar. Insbesondere im dicht bebauten Talkessel des Rheins ist es für die Umwelt- und Wohnqualität von großer Bedeutung, möglichst viele Bäume und Freiflächen zu erhalten. Jeder Baum der gefällt wird, kann im Sommer keinen Schatten mehr spenden und kein CO² binden. Jede versiegelte Grünfläche kann nicht mehr als Kaltluftbildungs- oder Regenversickerungsfläche dienen.

Naturschutz in Bonn

Wohn-Randbereiche sind oft Lebensraum von Tieren. Artenschutzmaßnahmen werten die Landschaft auf und sollten auch in Bonn stärker berücksichtigt werden. Überzogene bauliche Nachverdichtung in Wohngebieten trägt selbstverständlich auch zum Rückgang der Singvögel im Stadtgebiet bei. Es reicht nicht, wenn Bonn nur auf Worthülsen setzt („Stadt der Biodiversität“). Randbereiche außerhalb der geschlossen bebauten Flächen sollten auch in Zukunft nicht bebaut werden, sondern als Waldgebiete, Gehölze, Wiesen, Felder, Auen usw. erhalten bleiben.

Mitwirkung an der Bauleitplanung sicherstellen

Der **BBB** fordert eine echte Mitsprache der Bürger bei Stadt- und Bauleitplanung. Die Art und Weise, wie Eingaben der Bürger in den Bebauungsplanverfahren der letzten 5 Jahre vom Tisch gewischt wurden, zeigt, dass echte Bürgerbeteiligung und demokratische Teilhabe bei Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch und den Rathausparteien offenbar unerwünscht waren und sind. Es darf nicht länger sein, dass berechnete Einwände von Bürgern gänzlich ungehört bleiben.

Uniformität der Architektur und städtebauliche Todsünden verhindern

Städtebauliche Katastrophen wie das Stadthaus, das Bad Godesberger Altstadtcenter oder die Südüberbauung am Bonner Hauptbahnhof müssen in Zukunft unbedingt verhindert werden. Wir wollen auch nicht akzeptieren, dass sich die heutige Architektursprache nur noch in Schuhkarton-artigen Bauten erschöpft, die sich nach Länge mal Breite mal Höhe bemessen und den Triumph des Vierecks über die Phantasie darstellen.

Investorenhörigkeit beenden

Der in Bonn fast schon traditionellen Investorenhörigkeit muss ein Ende gesetzt werden. Stadtplanung darf sich nicht länger nur an wirtschaftlichen Interessen von Investoren ausrichten, sondern muss der Erhaltung der Wohn- sowie Umweltqualität und damit der Lebensqualität der Bürger vor Ort dienen.

Wir wollen den Verkehr in unserer Stadt flüssig machen und nicht aus ideologischen Gründen blockieren

Die Verkehrsprobleme unserer Stadt müssen endlich angepackt werden. Gerade die anstehenden Brückensanierungen (Viktoriabrücke und die Autobahn-Nordbrücke) werden die Situation zusätzlich verschärfen. Wir wollen den Verkehr flüssig machen und die Staus auf den wichtigen Zubringerstraßen in den Morgen- und Abendstunden abbauen.

Dazu fordern wir

- die baldige Verbreiterung der Autobahn zwischen Bonn-Endenich und dem Autobahnkreuz Bonn-Nord
- eine direkte Verbindung zwischen dem Regierungsviertel und der rechtsrheinischen BAB 3, um unnötige Umwege zu vermeiden und Umweltbelastungen im linksrheinischen Stadtgebiet und im Siebengebirge zu vermindern
- die Wiederaufnahme der Planungen für eine Unterfahung der heute unzumutbar belasteten Reuterstraße und damit eine staufreie Anbindung des Regierungsviertels an die linksrheinische Autobahn
- „Grüne Wellen“ auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten auf allen innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen, um unnötige Umweltverschmutzung und Lärmbeeinträchtigungen durch bremsende und anfahrende Fahrzeuge für die Anwohner zu vermindern.

Die 450 Mio. Euro Kosten für 14 Kilometer S-Bahn (S 13) vom Flughafen bis Bonn-Oberkassel halten wir für eine unverantwortliche Geldverschwendung. Stattdessen wollen wir eine Verbindung zwischen dem Flughafen, dem Hauptbahnhof und dem Kongresszentrum mit Stadtbahnen, die auch auf den Gleisen der Deutschen Bahn fahren können.

Wir fordern eine bessere Anbindung der Bundesstadt an den ICE-Bahnhof in Siegburg durch schnelle Stadtbahnen, die nicht an jeder Station halten. Bereits heute steht eine Verbindung zwischen dem Bahnhof Beuel und dem Flughafen Köln-Bonn mit 12-minütiger Fahrzeit zur Verfügung.

Wir werden den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) dort fördern, wo dies aus Umweltgründen oder wirtschaftlich sinnvoll ist, ihm aber nicht grundsätzlich aus ideologischen Gründen den Vorrang geben.

Bahnhöfe sind die Visitenkarte jeder Stadt. Der Hauptbahnhof, der Bahnhof in Bad Godesberg und Bonn-Mehlem sind veraltet und verwahrlost und müssen daher schnellstens saniert werden.

Die Verkehrsbehinderungen, die durch die stark befahrene Bahntrasse in Kessenich, Dottendorf, Friesdorf und in den Bereichen Plittersdorf und Mehlem entstehen, sind nicht länger hinnehmbar. Viele Bürger werden mit den überlangen Schließzeiten der Schrankenanlagen konfrontiert. Die Schranken sind bei größeren zeitlichen Abständen zwischen den passierenden Zügen zur Verkehrsentspannung wieder zu öffnen.

Wir treten für den Ennertaufstieg (direkte Verbindung zwischen Südbrücke und A3) ein, sind aber entschieden gegen den Venusberg-Tunnel, da hierdurch der Fernverkehr mitten durch Bonn fahren würde.

Bonn ist die lauteste Stadt in NRW. Wir wollen das ändern

Wir verlangen, dass Fluglärm und Lärm der Güterzüge deutlich reduziert werden. Bonn ist nach der Studie des Fraunhofer-Instituts die lauteste Stadt in NRW. Lärm nervt und Lärm macht krank. Der Güterverkehr der Deutschen Bahn und die Einflugschneisen des Flughafens KölnBonn sorgen gerade nachts in verschiedenen Regionen der Stadt für eine erhebliche Lärmbelästigung. Hier muss die Stadt Bonn in Zukunft entschiedener eingreifen. Der **BBB** hat sich zu diesem Thema bereits mehrfach zu Wort gemeldet und auch Beschlüsse erfolgreich auf den Weg gebracht.

Bonn muss mittelständische Strukturen stärken und die wenigen Gewerbegebiete schützen

Bonn hat als Stadt moderner Dienstleistungen, als Stadt der Wissenschaft und der Gesundheitsversorgung sowie als deutsche UN-Stadt eine gute Position im Standortwettbewerb, die es zu erhalten und zu stärken gilt.

Nur noch 6,1 % der Arbeitsplätze existieren im verarbeitenden Gewerbe, 2,1 % im Baugewerbe (vgl. Wirtschaftsbericht 2013, S. 37). Wir wollen daher die noch vorhandenen Gewerbegebiete vor Fremdnutzung schützen, um solche Arbeitsplätze in unserer Stadt zu erhalten. Die wenigen Gewerbegebiete dürfen weder für Einkaufsmärkte noch für Bürobauten geopfert werden. Der **BBB** will grundsätzlich keinen Ausverkauf dieser Bonner Gebiete an internationale Großkonzerne, wenn dadurch kleinere und mittelständische Betriebe das Nachsehen haben.

Ein wichtiges Ziel der Wirtschaftsförderung muss daher die Neuansiedlung und die Stärkung der vorhandenen mittelständischen Gewerbebetriebe sein.

Wir wollen auch in Zukunft ein reichhaltiges Angebot verschiedener Schulformen in unserer Stadt erhalten

Wir lehnen den Kurs der politischen Ratsmehrheit der letzten Jahre, immer weiter neue Gesamtschulen einzurichten und dafür funktionierende Realschulen zu schließen, ab.

Förderschulen müssen erhalten bleiben, soweit dies Eltern und Lehrer im Interesse der Kinder wünschen und für richtig halten.

Statt neue Gesamtschulen zu bauen sollen zunächst bestehende Schulen saniert werden. Ebenso müssen die Berufskollegs mit modernsten Lehr- und Lernmittel ausgestattet werden.

Für den **BBB** ist die vorschulische Erziehung und Bildung der Kinder von grundlegender Bedeutung. Kein Kind und kein Talent dürfen in Bonn verloren gehen. Daher stehen wir hinter dem Ausbau eines bedarfsgerechten Angebots an U3- und Kita-Plätzen.

Die Stadt Bonn muss verstärkt dafür werben, dass diese Plätze besonders von Kindern aus sogenannten „bildungsfernen“ Schichten genutzt werden. Auch dies ist für uns eine wichtige Aufgabe der Inklusion.

Bonn muss sicherer werden

Die Kriminalität in unserer Stadt ist besorgniserregend. Die Zahl der Einbrüche stieg im Jahr 2012 um 25,6 %. Bonn befindet sich in einem Ranking der unsichersten Städte Deutschlands auf Platz 2: Jede 89. Wohnung ist laut der Studie von einem Einbruch betroffen. Zum Vergleich: In München ist es nur jede 703. Wohnung. Zudem sorgen Überfälle und Gewaltausbrüche – u.a. gegen Busfahrer der Stadtwerke Bonn und gegen Polizeibeamte – für Aufsehen.

Bonn muss dringend wieder sicher werden. Deshalb fordern wir mehr Polizei auf den Bonner Straßen. Gerade in den Abend- und Nachtstunden muss es eine sichtbare Polizeipräsenz geben. Kriminalitätsbekämpfung muss endlich oberste Priorität bekommen.

Mehr Sauberkeit auf Straßen und Plätzen

Die allgemeine Sauberkeit in unserer Stadt muss verbessert werden. Farbschmierereien sind endlich konsequenter zu bekämpfen und umgehend zu beseitigen, um Nachahmer abzuschrecken. Die Strom- und Internetkästen müssen von den Betreibern regelmäßig gepflegt und gereinigt werden.

Wir wollen wissen, wer bei der Stadtverwaltung für das WCCB-Desaster verantwortlich ist

Das *World Conference Center Bonn* (WCCB) hat die Bonner in den letzten Jahren in Atem gehalten: Bisher kostet das Kongresszentrum den Steuerzahler bereits über 92,46 Millionen Euro (Stand: 31.12.2013), darin enthalten sind über 9 Mio. €, die der Oberbürgermeister für Berater ausgegeben hat. Die Fertigstellung wird mindestens weitere 70 Millionen Euro verschlingen. Die Betriebsdefizite sind noch nicht absehbar.

Wir wollen wissen, wer für das WCCB-Desaster persönlich, juristisch und politisch verantwortlich ist. Hier lassen wir nicht locker. Die Verantwortlichen dürfen sich nicht ohne Konsequenzen „davon-schleichen“.

Bonn braucht einen hochwertigen Konzertsaal zu Ehren von Beethoven

Wir haben uns immer für ein Festspielhaus ausgesprochen. Wir sind von der Idee nach wie vor überzeugt. Wir haben aber immer auch die Meinung vertreten, dass das Festspielhaus privat durch Sponsoren und Spender zu finanzieren ist und den städtischen Haushalt nicht zusätzlich belasten darf. Die sich nun abzeichnende Kompromisslösung – ein neuer Konzertsaal neben der Beethovenhalle – ist für uns akzeptabel.

Die Beethovenhalle ist zu erhalten, da sie nach wie vor als große Mehrzweck-Veranstaltungshalle benötigt wird und als wichtiger Bestandteil der Bonner Republik unter Denkmalschutz steht. Sie wurde damals von Bonner Bürgern mitfinanziert. Mit der Sanierung muss endlich begonnen werden.

Die freie Kultur muss auch in Zukunft weiter gefördert werden. Sie stellt einen wichtigen Beitrag in unserer Stadt dar.

Unsere Stadt ist Geburtsstätte Ludwig van Beethovens und Geburtsort des Grundgesetzes

Beides ist zum Vorteil der Stadt Bonn einzusetzen. Das Beethoven-Jubiläumsjahr 2020 muss bereits jetzt vorbereitet werden; Bonn sollte das Jubiläumsjahr feierlich und angemessen begehen. Die bestehenden Institutionen (Beethoven-Orchester, Beethovenhaus, Beethovenfest) sind zentral einzubeziehen. Die Organisation der Veranstaltungen muss für den **BBB** durch die bestehenden Institutionen erfolgen, statt erneut einen hoch bezahlten Posten zu schaffen.

Wir verlangen ein stärkeres Eintreten für die Erinnerung an die Geschichte der Bundesrepublik, die in Bonns Zeit als Bundeshauptstadt geschrieben wurde. Wir haben es als peinlich empfunden, wie kleinlich um die Beschilderung des „Weges der Demokratie“ im Regierungsviertel gestritten werden musste. Manche möchten immer noch das Regierungsviertel lieber in Kongress- oder UN-Viertel umbenennen. Bonn muss sich stattdessen als Stadt des Grundgesetzes und als Stadt der „Bonner Republik“ profilieren.

Die Kooperation und Zusammenarbeit mit der Universität, die im Jahr 2018 ihr 200. Jubiläum feiert, muss intensiviert werden. Das schlecht abgestimmte Agieren zwischen Stadt- und Uni-Verwaltung schadet Bonn, wie das Beispiel der Hofgarten-Tiefgarage zeigt.

Sport

Der Sport spielt für die Bevölkerung eine bedeutende Rolle. Neben dem organisierten Wettkampfsport realisieren viele Bürger für sich und in Gruppen eine bewegungsaktive Freizeit wie z. B. Schwimmen, Walking, Wandern, Fahrradfahren, Inline-Skating.

Der Erhalt und die Sanierung stadtteilnaher Sportstätten hat für uns eine hohe Priorität. So sind Sport- und Freiflächen von der Stadt entsprechend vorzuhalten. Wir streben bei Pflege und Betrieb

der Sportanlagen eine engere Kooperation zwischen Sportvereinen und der Stadtverwaltung da an, wo dies sinnvoll ist.

Die konstruktiven Ideen des neuen Vorstands des Stadtsportbunds (SSB), insbesondere das Modell zur schnelleren Sportplatzsanierung – finden wir unterstützenswert.

Bonn verfügt über vergleichsweise großzügige Schwimmbad-Kapazitäten. Die Bäder- Problematik muss dringend angepackt werden, auch um notwendige Sanierungsmaßnahmen endlich durchführen zu können. Strukturelle Veränderungen bis hin zur Schließung eines Schwimmbads dürfen nicht mehr tabuisiert werden.

Am Gesundheitsstandort Bad Godesberg ist aber das Kurfürstenbad zu erhalten.

Wir befürworten für die städtischen Schwimmbäder als künftige Betriebsform eine Bäder GmbH.

Bonn braucht einen Ort für Open-Air-Veranstaltungen

Großveranstaltungen im Freien wie Kunstrasen und Klangwelle sollen auch weiterhin in Bonn möglich sein. Zwischen den verschiedenen Interessen muss aber ein fairer Ausgleich stattfinden. Die rechtlichen Vorgaben, auch der Lärmschutz, müssen beachtet werden. Die Stadt hat es versäumt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um entsprechende Großveranstaltungen rechts-sicher durchführen zu können.

Ein Rock- und Pop-Zentrum wäre die ideale Lösung für das brachliegende Schlachthofgelände. So könnte der Schlachthof sinnvoll genutzt und zugleich die Open-Air-Problematik entschärft werden.

Als **BBB** bedauern wir es, dass die Stadt Bonn nicht von sich aus ein „Public Viewing“ zur Fußballweltmeisterschaft 2014 initiiert. Hierzu hatten wir im Januar 2014 einen Antrag im Hauptausschuss gestellt.

Die Stadt muss für Familien, Jugend und Senioren weiterentwickelt werden

Die Familie ist der Ort, an dem sich Menschen zu Hause und geborgen fühlen sollen. Sie bedarf des besonderen Schutzes unserer Gesellschaft. Wir wollen dafür vernünftige Rahmenbedingungen schaffen.

Dazu gehören

- ausreichender und bezahlbarer Wohnraum, der Bau von altengerechten, barrierefreien oder barrierearmen Wohnungen, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus
- finanzielle Erleichterungen für sozial Schwache, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können
- Förderung von Sozial- und Bildungsprojekten für Familien und Alleinerziehende mit Kindern

Für die zunehmende Zahl junger Familien und älterer Menschen in Bonn fordert der **BBB** außerdem eine schlüssige Infrastruktur, die allen Generationen gerecht wird und die Bedürfnisse Behinderter berücksichtigt. Besonders Stadt- und Verkehrsplanung sind danach auszurichten.

Für ältere Menschen müssen in ausreichendem Maße finanziell tragbare Senioreneinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Neue gemeinsame Wohnformen für Jung und Alt und kleine betreute Wohngruppen für Menschen mit Demenz sind zu unterstützen. Oberste Priorität hat jedoch der möglichst lange Verbleib im gewohnten Lebensumfeld. Häuslicher Pflege durch die Familie oder durch soziale ambulante Dienste ist der Vorrang einzuräumen.

Wir wollen das Potential der Bürger für unsere Kinder mobilisieren

Nach einer Statistik vom 31.12.2012 betrug die Anzahl der 65-Jährigen und älteren Bonner 57.016. Viele der Senioren haben einen reichen Schatz an Lebenserfahrung, sind mobil, rüstig und bereit, sich für die Gemeinschaft einzusetzen.

35% der Kinder wird nicht mehr zu Hause oder in der Kita vorgelesen. Wir wollen für alle Kitas zur Entlastung der Betreuerinnen Lesepaten gewinnen, die diese wichtige Bildungsaufgabe freiwillig für unsere Kinder übernehmen. So kann Kindern, die eine besondere Betreuung und Förderung brauchen, in dieser Zeit von den Erzieher/innen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die „Ersatz-Großeltern“ könnten auch regelmäßig zur Entlastung der Fachkräfte gemeinsam mit den Kindern singen und musizieren und sie so früh an Gemeinschaftserlebnisse und die Musik heranzuführen.

Bonn ist weltoffen

Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger gehören seit Jahrzehnten zu unserem alltäglichen Leben. Wir wenden uns entschieden gegen alle diejenigen, die Hass, Feindschaft und Diskriminierung in unserer Stadt schüren. Extremismus, gleich ob politisch oder religiös motiviert, darf in unserer Stadt keine Chance haben.

Die Integration von Zuwanderern, die sich zu unserer demokratisch verfassten Gesellschaft und den Werten der Aufklärung bekennen ist gezielt zu unterstützen. Als entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilhabe ist der Erwerb der notwendigen Kenntnisse der deutschen Sprache nicht nur zu fördern sondern auch einzufordern.

Angebote der Stadt, die eine Integration und (Weiter-)Bildung neuer Bürgerinnen und Bürger erleichtern, sind vorrangig zu nutzen. Der Entstehung bzw. weiteren Verfestigung von Parallelgesellschaften muss im Sinne einer aufgeklärten Gemeinschaft der Bonner entgegen gewirkt werden.

Wiedereinführung der Arbeitsteilung zwischen Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor

Für Bonn muss man feststellen: Mit einem fachlich versierten Oberstadtdirektor war die Verwaltung in der Vergangenheit zu jeder Zeit eindeutig besser aufgestellt als mit dilettierenden Pädagogen an ihrer Spitze. Die Leistungsfähigkeit einer Stadtverwaltung hängt von einer kompetenten Führung und motivierten Mitarbeitern ab. Wenn in den letzten Jahren ein Leistungsträger nach dem anderen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, vorzeitig in den Ruhestand zu wechseln, sagt das alles. Eine Rückkehr zur Zweiteilung in der Aufgabenstellung zwischen dem Management eines riesigen Konzerns, wie es unsere Stadt ist, und ihrer Repräsentation nach außen, wäre in der Sache sinnvoll und geboten.

Bonn ist eine mehrpolige Stadt und soll es auch bleiben

Bonn ist seit der kommunalen Neuordnung eine mehrpolige Stadt. Neben der Bonner Innenstadt gibt es drei weitere gewachsene Bezirkszentren. Rat und Verwaltung sind zur Pflege und Stärkung der Bezirke verpflichtet und haben auf eine gleichmäßige Entwicklung des Stadtgebietes zu achten. Dass Bezirke zugunsten anderer Teile des Stadtgebietes vernachlässigt werden, muss aufhören. Der BBB lehnt daher den Vorschlag des Oberbürgermeisters Jürgen Nimptsch (SPD) und seines Personaldezernenten Wolfgang Fuchs (CDU) entschieden ab, die Bürgerämter in Bad Godesberg, Beuel oder Duisdorf zu schließen. Nach Auffassung des BBB muss die Stadtverwaltung für den Bürger da sein und nicht umgekehrt. Verwaltung muss sich durch Bürgerfreundlichkeit auszeichnen und das erfordert Bürgernähe durch Service vor Ort.